

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Ratsfraktion · Rathausstr. 2 · 33758 Schloß Holte-Stukenbrock

An den Bürgermeister
der Stadt Schloß Holte-Stukenbrock
Rathausstraße 2

33758 Schloß Holte-Stukenbrock

Ratsfraktion B90/Die Grünen

Reinhard Tölke

Fraktionsvorsitzender

Tel.: +49 (0163) 4298396

reinhard.toelke@t-online.de

Bernd Eickelmann

Fraktionsvorsitzender

Tel.: +49 (0160) 98018904

bernd.eickelmann@gruene-shs.de

Rathausstraße 2

33758 Schloß Holte-Stukenbrock

Schloß Holte-Stukenbrock, 17.12.23

Lieber Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Nun ist schon wieder ein Jahr vergangen und wieder sind wir hier, um über die Ein- und Ausgaben der Stadt für ein weiteres Jahr zu entscheiden.

Den Menschen aus der Verwaltung sei an dieser Stelle erst einmal der Dank ausgesprochen, für die erarbeitete Haushaltsplanung 2024.

Sie bildet einmal mehr einen negativen Saldo ab, aber im Unterschied zu den vergangenen Jahren, indem der Chor sprach, es wird sich schon positiv entwickeln, was es auch tat, gibt es für die Zukunft ein reales Szenario in dem auch die Stadt mit knapper werdenden Ressourcen rechnen muss.

Die Einnahmeseite wird mit hohen Steuereinnahmen geplant, die sich, auch in Anbetracht der Situation anderer Kommunen und der allgemeinen Lage in der Wirtschaft, möglicherweise nicht bewahrheiten werden.

Gleichzeitig müssen wir, auch aufgrund der wirtschaftlichen Stärke in den vergangenen Jahren, weiterhin mit einer hohen Umlage an den Kreis rechnen.

Absehbar und real steigen aber die Aufgaben und die damit verbundenen Kosten für die Kommune. Um dauerhaft handlungsfähig zu bleiben werden wir in Zukunft entweder auf der Ausgabenseite kürzen müssen oder die Einnahmen erhöhen.

Dabei tut sich die Politik, auch wir, schwer Zuschüsse zu kürzen und freiwillige Leistungen einzuschränken.

Alle Akteure sind aufgefordert nochmal ernsthaft über die Ziele ihrer Politik nachzudenken und diese für die Stadt neu zu formulieren, damit eben auch im Haushalt eine realistische Planungsgröße niedergelegt werden kann die zukunftsfähig ist. SMARTe Ziele sind dabei sehr hilfreich.

Eigentlich dienen Steuern und Gebühren und deren von der Stadt festzulegende Höhe dazu, das Gemeinwesen in der Kommune mit finanziellen Mitteln auszustatten um die von der Politik formulierten, zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger festgelegten Ziele, umzusetzen.

Einen solchen Antrag stellen wir seit einigen Jahren und stellen fest, dass nunmehr, außer dem Lästern des Bürgermeisters, keinerlei Reaktion mehr darauf erfolgt.

Eigentlich gibt es dafür nur eine Erklärung: die CDU nimmt für sich in Anspruch, dass die Höhe der Steuern und damit auch die Pflege der Steuerzahler und Zahlerinnen ausschließlich in ihrem Verständnis zu deuten ist. Es hat sich zu einem Heiligtum der CDU entwickelt und ist am Ende doch nur ein Mammon dem zu huldigen höchste Priorität hat.

Apropos Heiligtum:

die Kritik der CDU an den Verbänden und vor allen den Kirchen, sie würden sich nicht ausreichend an den zum Teil eigenen sozialen Projekten finanziell beteiligen kann ich nicht mehr hören.

Die Mentalität, dass jemand der sich engagiert und seine Aufgabe für die Gesellschaft wahrnimmt doch bitte schön die finanzielle Verantwortung dafür zu tragen hat ist nicht zu dulden.

Niemand hier interessiert wirklich wie Wohlfahrtsverbände und die Träger Kirchen funktionieren, mit welchen Schwierigkeiten sie zu kämpfen haben und welche Rolle sie in unserer Gesellschaft einnehmen.

Aber eine Meinung dazu zu haben und Verurteilungen zu formulieren, gelingt schnell und ist populär.

Apropos Interesse:

CDU und natürlich FDP beklagen im Chor, die steigenden Umlagen an den Kreis und letztendlich auch an den LWL.

Ja es ist richtig, dass wir einen enormen Teil unserer Einnahmen weiterreichen.

Der Kreis und der LWL haben keine eigenen Einnahmen und erledigen für uns Aufgaben, die wir selbst nicht erledigen wollen.

Sie wissen, dass im Kreis ein erheblicher Teil für die Aufgaben der Jugendhilfe aufgewandt wird.

Wir haben einen Monat nach Stadtwerdung ein eigenes Bauordnungsamt eingerichtet, das Recht, eine eigene Jugendhilfeplanung im eigenen Jugendamt zu machen, wollen wir nicht wahrnehmen.

Auch die in diesem Jahr fast 4 Milliarden Euro, die der LWL für die individuelle Teilhabe für Menschen mit Beeinträchtigung aufbringt, sind durch die Kommunen finanziert.

Und wenn sie sich mal die diesjährigen Stellungnahmen zur Einvernehmensherstellung ansehen, so gibt es landauf landab die zum Teil harsche Aufforderung doch endlich erhebliche Einsparungen vorzunehmen.

Nur eines gibt es nicht: Die Aufkündigung der Einvernehmensherstellung.

Kein Kreis, keine kreisfreie Stadt hat ein Interesse daran sich um diese Aufgabe selbst zu kümmern und Fachlichkeit zu erwerben um den Menschen die notwendige und nach internationalem Recht fixierte Teilhabe zu ermöglichen.

Da kann man als CDU, FDP und CSB wahrlich tönen und auf die Selbstbestimmung der Kommune pochen. Selbstbestimmung heißt auch Verantwortung und ich fordere sie auf sich damit auseinander zu setzen bevor sie weiter plumpe Kritik kolportieren.

Die Ablehnung unseres Antrages, Menschen mit Beeinträchtigung ein eigenes Mitbestimmungsrecht im Rahmen eines Beirates zu gewähren um tatsächlich Empowerment leben zu können, zeigt, dass sie sich auch im Kleinen nicht damit auseinandersetzen wollen.

Apropos Fachlichkeit:

Meister im „I-pad Kaufen“, Schulgebäude sanieren und diese auf Dauer mit fossilen Brennstoffen zu beheizen sind wir ja schon.

Und die Schüler können die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen, da sind wir vorne mit dabei und lassen uns nicht abhängen.

Aber die steigenden sozialen Probleme von Schülern besonders in den Grundschulen nach der Pandemie, in Zeiten von Flüchtlingsintegration, steigenden Schülerzahlen und anhaltendem Lehrermangel, ignorieren wir, obwohl uns die Fachkräfte den erhöhten Bedarf deutlich machen.

Viel mehr noch, wir müssen kämpfen, dass dieses wichtige Thema überhaupt etwas Raum erhält.

JA und da haben wir es wieder: Stattdessen machen sie andere dafür verantwortlich für unsere Kinder nichts zu tun. Freiwillige Leistungen? Nö. Glauben Sie mir, was ich alles freiwillig für meine Kinder tun würde...

Nicht alle haben die Möglichkeit ihren Kindern so viel Orientierung, Grundbildung und Halt zu geben, dass sie zu selbstbestimmten Erwachsenen werden.

Dafür braucht es Professionalität, die Geld kostet aber eine Investition ist, sonst freut sich manchmal nur der Dealer.

Kennen wir aber schon: mit sozialer Arbeit für die bedürftigen Menschen kann man hier nicht viel anfangen, wenig harte Fakten, es kostet und man sieht nix. Wenn die Antragsteller eines inklusiven Kinderspielplatzes das als Prestige-Objekt für die Stadt darstellen fehlt Fachlichkeit vollständig.

Hauptsache künstliches Gras unter den sportlichen Füßen unserer Jugend, da weiß man was man hat.

Apropos Dealer:

Was ist eigentlich aus dem Klima Deal der CDU geworden. Weiß das jemand? Ich nicht..... Seis drum.

Apropos Klima:

Wir müssen derzeit zur Kenntnis nehmen, dass die uns drohende Klimakatastrophe nicht mehr im Fokus des öffentlichen und auch politischen Handelns steht.

Manch Fehler wurde gemacht, auch von den Grünen, manch einer mag darüber erleichtert sein, kann er doch einfach weiter seine Interessen verfolgen und manch ein Mensch hat mehr Sorge vor persönlichen, auch schmerzhaften Einschränkungen als vor der Klimakatastrophe.

Nun mag das alles so sein, aber es gibt die Gewissheit, dass all die persönlichen und politischen Empfindlichkeiten dem Klimawandel vollkommen egal sind.

Er schreitet immer weiter voran und zwingt uns, ob wir wollen oder nicht zum entschiedenen Handeln.

Wie eigentlich immer müssen wir konstatieren, dass einiges gemacht und sich weitere Anstrengungen zum Klimaschutz auch in diesem Haushalt wiederfinden.

So die Bereitstellung von Mitteln für Photovoltaik auf öffentlichen Gebäuden, die energetische Sanierung von Gebäuden und auch die Planung eines robusten Rad Wegenetzes, das endlich auf den Weg gebracht werden muss.

Es bleibt aber auch dabei, dass es nicht reicht und auch immer wieder aus unserer Sicht falsche Entscheidungen getroffen werden.

Der Wille der CDU notwendige Heizungsneuanschaffungen in den Schulen noch über das Verbrennen von fossilen Stoffen zu lösen ist nur ein Beispiel der mangelhaften Haltung zum Klimaschutz.

Der Verbrauch von Flächen, die auf Betreiben der CDU, der FDP, der CSB und der Verwaltung in die Regionalplanung geschrieben wurden, insbesondere die 40 Hektar die südlich der Spellerstraße als ASB Flächen versiegelt werden sollen sind, aber nicht nur, für den Klimaschutz eine Katastrophe.

Sie entziehen auch der Landwirtschaft wieder große Bereiche die zur Lebensmittel Erzeugung benötigt werden. Das Gejammer von CDU und Verwaltung, dass die Gemeinde Hövelhof sich nicht an Kompensationsmaßnahmen für das neue Industriegebiet beteiligen will und die hiesige Landwirtschaft das allein tragen muss ist in dieser Betrachtung mehr als verlogen.

Wir dürfen aber in keinem Fall nun weiter in den Anstrengungen zum Klimaschutz nachlassen, sondern müssen weiter neue Maßnahmen entwickeln.

Es wäre schön wenn unseren Ideen dabei mehr Raum und Wichtigkeit entgegengebracht würde.

Ich erinnere an unser gewünschtes Konzept zum Ersatzflächen Konzept, unser Antrag zu einer Fahrrad Straße in Schloß Holte, unsere Vorschläge zu einer Förderung zum netzfreundlichen Energieverbrauch, die energetische Entwicklung von neuen Baugebieten, und auch die von der Bundes und Landesregierung an die Kommunen vergebenen Aufträge zur Entwicklung einer Wärmeplanung und der Ausweisung von Windkraftflächen.

Al dies und noch viel mehr muss für den Klima- und Artenschutz weiter vorangetrieben werden, auch wenn es manchmal weh tut.

Ein paar kurze Sätze noch zum Abschluss:

Der Rat der Stadt hat in diesem Jahr einstimmig die finanzielle Unterstützung für die Neugestaltung der Gedenkstätte Stalag auf den Weg gebracht. Dies war eine wichtige und richtige Entscheidung. Das Verhalten der CDU im Kreis, die gemeinsam mit der FWG und der AFD die notwendigen Gelder verweigern ist ein unseliges Signal an alle Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.

Die Zahl der Menschen, die zu uns vor Krieg und Verfolgung flüchten steigt derzeit an. Die öffentliche Debatte verändert sich zu einer unmenschlichen Betrachtungsweise und führt zu immer größerer Ablehnung des Asylrechtes.

Bislang haben wir in Rat und Verwaltung einen guten menschlichen Umgang in der Versorgung der Menschen sicherstellen können. Dafür gebührt allen Beteiligten unser Respekt und unsere Anerkennung. Ich hoffe das dies auch so bleiben wird.

Damit Menschen nicht dauerhaft in Einrichtungen wohnen müssen oder Familien wegen zu hoher Mieten in zu kleinen Wohnungen leben, ist es notwendig die Zahl der öffentlich geförderten Wohnungen zu erhöhen.

Mit dem bisherigen Konzept in den neuen Baugebieten einen kleinen Teil der Grundstücke für öffentlich geförderten Wohnraum vorzuhalten, wird ausschließlich der Bestand gesichert, da in den nächsten Jahren bei vielen Wohnungen die Bindung ausläuft.

Dass die anderen Fraktionen und die Verwaltung unseren Antrag zur Eruierung geeigneter Bauflächen nicht mittragen konnten, ist für alle Betroffenen ein Schlag ins Gesicht.

Apropos mittragen:

Nun haben wir mal wieder, und das nicht ohne Grund, all die Unterschiede und Konflikte zwischen den Akteuren in Rat und Verwaltung öffentlich umfänglich bejammert.

Das mag so richtig sein und gehört zur Kultur einer funktionierenden Demokratie.

In diesem Jahr ziehen wir aber mal einen anderen Rückschluss.

Wir werden heute den Haushalt für 2024 mittragen.

Und wenn sie jetzt denken OH! , das ist ja überraschend, toll, toll, toll, so betrachten sie dies, und ich meine damit die Verwaltung, ihre Leitung und die selbsternannte Führungsfraktion, als einen Kredit auf die Zukunft.

Auf eine Zukunft, in der die demokratischen Parteien ihre Aufgabe wahrnehmen, dafür Sorge zu tragen, dass auch im Mikrokosmos dieser kleinen Stadt demokratische, menschliche und weltoffene Grundhaltungen im Mittelpunkt des Handelns stehen.

Dies zu leben und zu verteidigen wird nicht leichter werden. Wir erleben eine Welt und auch eine Mikro-Gesellschaft die immer einfachere Antworten auf immer kompliziertere Sachverhalte wünscht und sich dabei von demokratischen Strukturen enttäuscht abwendet, um sich damit abzufinden autokratisch regiert zu werden.

Auf der Strecke dabei bleiben Menschen, die Schutz suchen, Menschen die nicht allein ihr Leben gestalten können, Menschen, die Bildung und Unterstützung in der Orientierung benötigen, Menschen, die nicht im Privatjet zu ihrem Zahnarzt fliegen können, Menschen die nicht vor Umweltkatastrophen geschützt sind.

Eigentlich sind das die meisten von uns.

Ich wünsche ihnen und uns allen ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein glückliches neues Jahr.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.

Mit freundlichen Grüßen

Reinhard Tölke
Fraktionsvorsitzender